

IRAK

# Der Traum von der Normalität

Im Zweistromland wird diesen Donnerstag das Parlament gewählt. Bagdads künftige Führung soll endlich für Sicherheit sorgen – laut einer SPIEGEL-Umfrage ist das der sehnlichste Wunsch der Iraker. Doch trotz des jetzigen Chaos glaubt die Mehrheit an eine baldige Besserung der Lage.

Auf dem Sahja-Platz in Bagdad bot sich schon immer ein guter Blick in die Seele des irakischen Volkes. Unter dem Reiterstandbild von König Feisal, dem ersten Herrscher des modernen Irak, haben sich die privaten Autobus- und Taxiunternehmen niedergelassen, die vor allem die Überlandrouten in die Nachbarländer Syrien und Jordanien bedienen.

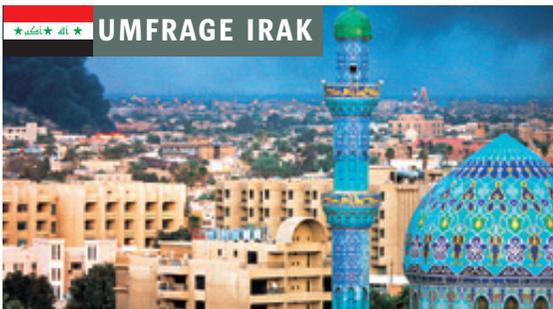
Wann immer es eng wurde in Bagdad, wann immer die Unruhe wuchs, standen hier an der Ahrar-Brücke über den Tigris

die Leute vor den Fahrkartenschaltern Schlange: Wer Angst hatte – und wer es sich leisten konnte –, setzte sich ab.

Seit zwei Wochen ist wieder Bewegung am Sahja-Platz. Mit Koffern und Taschen bepackt, machen sich ganze Familien auf den Weg ins Exil. Sie sehen erneut gefährliche Zeiten kommen – auch wenn diesmal kein Ultimatum aus Washington, keine Raketenangriffe aus Teheran drohen. Dem Irak steht Donnerstag dieser Woche lediglich eine Parlamentswahl bevor, die

zweite seit dem Sturz von Saddam Hussein und die erste, aus der eine ordnungsgemäße, für vier Jahre ernannte Regierung hervorgehen soll.

Trotzdem ist die Unruhe vieler Iraker verständlich: Wie schon in den Tagen vor der ersten Wahl im Januar und dem Verfassungsreferendum im Oktober rollt eine Welle von Gewalt durchs Land. Dienstag voriger Woche drangen zwei Selbstmordattentäter in die Polizei-Akademie in Bagdad ein und brachten 43 Menschen um;



Bagdad während des Kriegs 2003



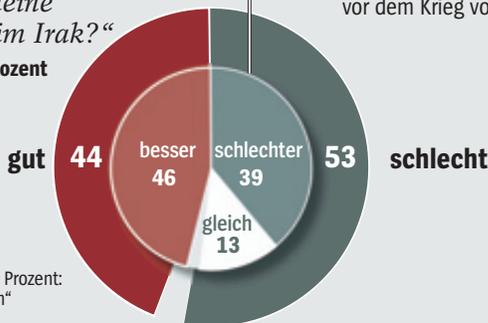
Schüler bei einer Anti-Saddam-Demonstration



Fußballspiel in Bagdad

„Wie empfinden Sie die allgemeine Situation im Irak?“

Angaben in Prozent

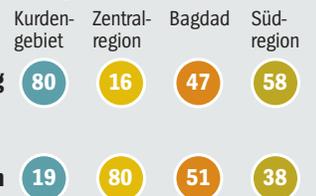


An 100 fehlende Prozent: „schwer zu sagen“

„War aus heutiger Sicht der Einmarsch der US-geführten alliierten Truppen im Frühjahr 2003 richtig oder falsch?“



nach Regionen  
Umfrage Nov. 2005



An 100 fehlende Prozent: „schwer zu sagen“

„Wie beurteilen Sie heute Ihre persönliche Lebenssituation?“



„Und wie, glauben Sie, werden Sie Ihre persönliche Lage in einem Jahr einschätzen?“



Umfrage von Oxford Research International unter Irakern; rund 1700 Befragte



Junge und US-Soldat auf dem Markt von Abu Ghureib

„Sind Sie für oder gegen die Präsenz der alliierten Truppen im Irak?“



nach Regionen

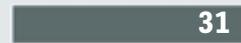
Umfrage Nov. 2005



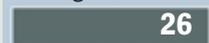
An 100 fehlende Prozent: „schwer zu sagen“

„Wie lange sollten die US- und die anderen alliierten Truppen bleiben?“

bis die Sicherheit wiederhergestellt ist



sofort gehen

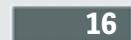


Antwort:  
sofort gehen  
nach Regionen

bis die im Dezember gewählte irakische Regierung im Amt ist



bis die irakischen Sicherheitskräfte unabhängig arbeiten können



An 100 fehlende Prozent: „länger bleiben, aber irgendwann gehen“; „niemals gehen“; „schwer zu sagen“



„Wie empfinden Sie die Art und Weise, wie die USA und die übrigen alliierten Truppen seit dem Krieg ihren Verpflichtungen im Irak nachkommen?“



nach Regionen

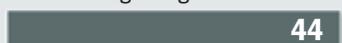
Umfrage Nov. 2005



An 100 fehlende Prozent: „Ich möchte auf diese Frage nicht antworten“; „Ich weiß nicht genug darüber“

„Wer kontrolliert zurzeit die Dinge in unserem Land?“

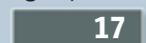
irakische Regierung



Regierung der USA



jemand anderes



Zentral-  
region



niemand



An 100 fehlende Prozent: „Ich möchte auf diese Frage nicht antworten“; „schwer zu sagen“

# Schwedischer Schlüssel

Die SPIEGEL-Umfrage im Irak – ein logistischer Alptraum

Eine Auswahl unter mehr als 900 akademisch gebildeten Kandidaten, bis zu 200 Stunden Schulung der Leiter und Kontrolleure, schließlich die Entsendung von fünf Teams, die über einen Zeitraum von rund sechs Wochen 1711 Personen befragten: Für eine stichhaltige Erhebung bedarf es in jedem Land generalstabmäßiger Vorbereitung – im Irak ist das jedoch ein logistischer Alptraum.

Theoretisches Ziel war es, jeden Iraker ab 15 Jahren befragen zu können – unabhängig von seinem Wohnort. Doch was tun, wenn statistische Angaben fehlen? Wie werden in religiöskonservativ geprägten Gegenden Frauen interviewt? Und was tun, wenn Schießereien und Ausgangssperren die Befragung unmöglich machen?

Gelingen konnte das vom SPIEGEL mitfinanzierte Vorhaben nur, weil „Oxford Research International“, ein Ableger der renommierten Universität, eng mit den Hochschulen von Bagdad und Dahuk zusammenarbeitete.

Die britischen Umfrageexperten und ihre irakischen Kollegen errechneten 135 Erhebungspunkte – regional verteilt und gegliedert nach städtisch-ländlicher Bevölkerungsdichte; zusammen drillten sie die irakischen Interviewteams – Männer und Frauen.

Mit Minibussen, Mietwagen und Taxen machten sich die Gruppen auf den Weg, im Gepäck 44 Fragen sowie ein Beglaubigungsschreiben der Universität Bagdad. Vor Ort stellten sich die Sozialforscher erst einmal bei den städtischen Behörden vor, den lokalen Stammesfürsten oder dem Dorf-Imam. Derart als Gast ausgewiesen, suchten die Teams die Befragten aus.

Vom nächsten lokalen Zentrum, einer Moschee, einer Schule oder Wasserstelle, bewegten sich die Experten Richtung Süden; an der ersten Kreuzung oder Weggabelung bogen sie nach rechts, an der nächsten nach links ab: Dann erfolgte nach einem ähnlichen Zufallsprinzip (im Soziologenjargon: „Schwedenschlüssel“) die Auswahl der Haushalte und Interviewpartner.

Überraschend für die Bagdader Forscher: 82 Prozent ihrer Landsleute hießen sie willkommen, auch wenn in einem Drittel aller Fälle die Antworten zur Qualitätskontrolle bei einem zweiten Besuch überprüft wurden. Selbst im sunnitischen Dreieck er-

reichten die Umfrageteams die statistisch nötige Interviewquote. Manchmal mussten dafür Straßensperren umgangen werden, und bei Kämpfen wurden die Befragungen auch schon mal um ein, zwei Tage verschoben.

Ebenfalls aus Sicherheitsgründen unterblieb die Einordnung der Interviewten nach religiöser Zugehörigkeit. Bei früheren Erhebungen hatten viele Befragte gereizt reagiert, rund 40 Prozent wollten sich nicht als Sunniten oder Schiiten outen und erklärten schlicht-



Befragung einer Irakerin: Außerhalb der Hörweite von Vätern oder Ehemännern

weg: „Ich bin einfach nur Muslim.“ „Die Frage beschwört prompt Misstrauen herauf“, weiß Silvia Iacuzzi, Direktorin von „Oxford Research“, „wichtiger als die Religion ist der Wohnort.“ Jenseits dieses Tabuthemas zeigten sich die Iraker „ausgesprochen mitteilungs-freudig“ (Iacuzzi) – gerade auch Frauen. Wenn die gehört werden sollten, fanden die Interviews im Beisein von Brüdern, Vätern oder Ehemännern statt – aber außerhalb ihrer Hörweite.

Bisweilen erhielten die wissenschaftlichen Hausbesuche überaus familiären Charakter: Mal wurden die Gäste zum Essen eingeladen, mal zum Freitagsgebet. In der Provinz Suleimanija lockte ein Taxi-Chauffeur einen der jungen Akademiker aus Bagdad gar mit einem Heiratsangebot: „Ich habe zwei Töchter zu Hause, such dir eine aus.“

Donnerstagmorgen explodierte in einem Überlandbus nach Nassirija eine Bombe – 30 Menschen starben.

Auch im Wahlkampf war von nationaler Aussöhnung nichts zu spüren. Lange hatte Ajatollah Ali al-Sistani, der einflussreichste Geistliche des Irak, mit einer Wahlempfehlung gezögert. Anders als beim Urnengang im Januar ruft er diesmal nicht zur Wahl der „Vereinigten Irakischen Allianz“ auf, des größten schiitischen Wahlbündnisses. Er warnt vielmehr davor, säkularen Parteien die Stimme zu geben: „Das ist verboten“, heißt es in seiner Wahl-Fatwa.

Gemeint ist damit neben der Kommunistischen Partei vor allem die Wahlliste des ehemaligen Ministerpräsidenten Ijad Alawi. Auf ihn setzen die Säkularen aller Konfessionen im Land – aber auch viele

ehemalige Baathisten, die sich dem politischen Prozess bislang weitgehend verschlossen hatten (siehe Interview Seite 140). Dass er mit dieser Klientel im schiitisch-religiösen Lager keine Partner finden wird, bekam Alawi am vorvergangenen Sonntag in Nadschaf zu spüren, wo er mit knapper Not dem Angriff eines wütenden Mobs entkam.

In beide Richtungen flexibel sind hingegen die Kurden, deren Einheitsliste im Nordirak erneut ein stabiles Wahlergebnis erzielen dürfte; bislang haben sie mit den Schiiten koalitiert.

Von den arabischen Sunniten haben sich diesmal drei Gruppen von Parteien unter dem Namen „Irakische Eintracht“ zusammengeschlossen; sie hatten die Wahl im Januar mehrheitlich boykottiert. Die Zahl ihrer Wähler wird letztlich über Erfolg oder Misserfolg der Abstimmung entscheiden: Die Sunniten bilden den Kern des irakischen Widerstands; sie endlich in den poli-

tischen Prozess einzubinden ist die Ultima Ratio aller am Irak-Konflikt Beteiligten.

Wird die Parlamentswahl am 15. Dezember eindeutiger politische Verhältnisse schaffen als im Januar? Dass eine hohe Wahlbeteiligung zu vermuten ist, zeigt eine repräsentative Umfrage, die der SPIEGEL zusammen mit dem US-Fernsehsender ABC News und internationalen Partnern im Irak organisieren ließ\*.

Die Erhebung der Universität Oxford und der Universität Bagdad zeigt ein ungebrochenes Bekenntnis zur Demokratie; sechs von zehn Irakern ziehen dieses System etwa einer Regierung islamischer Führer vor.

Dennoch bleibt die Sehnsucht nach einem „starken Mann“ ungebrochen. Die Hälfte der Befragten glaubt, nur eine Autorität gebietende Persönlichkeit könne derzeit Sicherheit und Einheit garantieren.

\* Die britische BBC, das US-Magazin „Time“ und der japanische Sender NHK.

Problematisch nur: Derzeit gibt es keinen Politiker und keine Partei, die landesweit das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Ex-Premier Ijad Alawi führt im Ranking mit bescheidenen 15 Prozent, Präsident Dschalal Talabani muss sich gar mit 10 Prozent Zuspruch zufrieden geben.

Gleiches gilt für die politischen Organisationen im Irak: Nur in der Kurdenregion und unter Wählern religiöser Orientierung gibt es klare Präferenzen; im Rest des Landes verteilt sich die Sympathie der Befragten auf über 30 Formationen.

Das könnte sich bei der Wahl am Donnerstag zugunsten von Premier Ibrahim al-Dschaaafari auszahlen. Obgleich er an Popularität eingebüßt hat, befürworten zwei Drittel der Iraker das Vorgehen seiner Regierung. Besonders deutlich wird das bei der Bewertung von Polizei und Sicherheitskräften: Das Vertrauen in die neue irakische Armee stieg seit Oktober 2003 (38 Prozent) auf derzeit 67 Prozent.

Die Ministerien in Bagdad, lokale Führer oder politische Parteien notieren dagegen

auf der Vertrauensskala im Minusbereich. Übertroffen wird ihr Negativsaldo nur noch vom schlechten Ruf der amerikanischen und britischen Besatzungssoldaten.

„Mit dem Folterskandal von Abu Ghureib haben die USA den Irak verloren“, sagt Christoph Sahn, Direktor des Oxford-Forschungsteams: „Selbst im Süden des Landes, wo Washington über großen Rückhalt verfügte, hat die sexuelle Erniedrigung von Gefangenen Amerikas Ansehen für immer ruiniert.“

Was Wunder, dass unter den Irakern, angesichts der prekären Sicherheitslage, die Pessimisten überwiegen, wenn es um die Bewertung der allgemeinen Situation geht (53 Prozent). Gewiss, die meisten Bürger wollen heute eine starke, geeinte Nation. Selbst unter den Kurden plädiert gerade einmal die Hälfte der Befragten für eine Föderation oder gar die Abspaltung – im Jahr zuvor hatten noch drei Viertel auf derartige Lösungen gesetzt.

Doch Sicherheit, Frieden und Stabilität bleiben, auch zweieinhalb Jahre nach dem



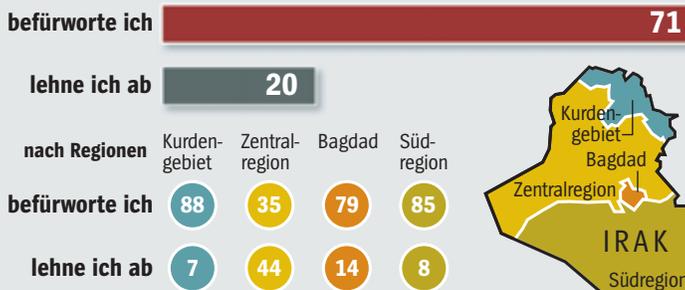
Einkauf auf einem Basar

Demonstration

Autobombenexplosion in Bagdad

Kurdin bei Abstimmung zur Verfassung

„Was halten Sie von der neuen irakischen Verfassung?“



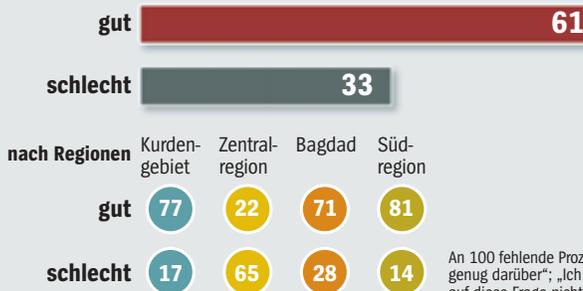
An 100 fehlende Prozent: „Ich weiß nicht genug darüber“; keine Antwort

„Welches politische System braucht der Irak nach der geplanten Wahl im Dezember?“



An 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“; andere Angaben / keine Angaben

„Wie empfinden Sie die Art und Weise, wie die gegenwärtige irakische Regierung ihren Verpflichtungen nachkommt?“



An 100 fehlende Prozent: „Ich weiß nicht genug darüber“; „Ich möchte auf diese Frage nicht antworten“



Sturz Saddams, für mehr als die Hälfte aller Bürger „das Beste, was dem Irak passieren könnte“ – und damit wichtiger als ein „besseres Leben“ (acht Prozent).

Aber trotz aller Ängste vor Bürgerkrieg und Terror – offenbar haben sich die Iraker mit dem Chaos arrangiert. Wie im Nachkriegsdeutschland, wo nach 1945 das Gefühl überwog, „noch einmal davongekommen zu sein“, richten die Menschen über Zerstörung, Leid und Krise hinweg den Blick nach vorn. Motto: Es geht voran.

Immerhin haben sich die Einkommen der irakischen Haushalte in den vergangenen zwei Jahren auf durchschnittlich 236 Dollar mehr als verdoppelt, das Angebot von langlebigen Konsumgütern hat sich deutlich verbessert. Einen Fernseher besitzt fast jeder Haushalt, 86 Prozent der TV-Konsumenten verfügen zudem über Satellitenempfang.

Das Handy – im Oktober 2003 ein Luxusprodukt für gerade 5 Prozent der Bevölkerung – ist heute ein Allerweltsartikel für 62 Prozent der Haushalte. Zugenommen hat zugleich die Zahl der Autos (55 Prozent) und Waschmaschinen (54 Prozent).

Grund genug für die Iraker, eine fast irritierende Zuversicht an den Tag zu legen: Landesweit setzen knapp 70 Prozent der Bevölkerung darauf, dass es dem Zweistromland binnen Jahresfrist „etwas besser“ oder sogar „viel besser“ gehen wird.

Der Optimismus ist allerdings geografisch nicht gleichmäßig verteilt. Im Zentrum des Landes ist die Stimmung düster: Nur 41 Prozent der Bürger glauben dort an einen Aufschwung. In der Hauptstadt hingegen blicken die Bürger mit größerem Enthusiasmus in die Zukunft (85 Prozent), gefolgt von dem schiitischen Süden und den kurdischen Gebieten.

Passt die erwartungsfrohe Stimmung zu den blutigen Szenen von Bombenattentaten und Schießereien, den Berichten über Entführungen, Ausgangssperren und Versorgungsengpässe?

Der scheinbare Widerspruch ergibt sich aus der unterschiedlichen Wahrnehmung der Realität: Westliche Medien konzentrieren sich auf die Kriegsschauplätze im Herzen des Irak. Bei der täglichen Berichterstattung aus den Hochburgen des Widerstands zwischen Samarra, Falludscha und Ramadi wird ausgeblendet, dass weite Teile des Landes von den Kämpfen gar nicht berührt werden.

Abseits der Konfrontation, in Dörfern, Wüstensiedlungen oder Kleinstädten, erreichten die Umfrageteams aber auch die „schweigende Mehrheit“ der Bevölkerung. Hier überwiegt das Prinzip Hoffnung: Trotz aller Skepsis über den Allgemeinzustand des Staates sind 71 Prozent mit ihren persönlichen Lebensumständen „sehr oder ziemlich“ zufrieden. Fehlender Wohnraum, schlechter Lebensstandard oder Ar-

beitslosigkeit plagen – je nach Region – gerade mal 6 bis 13 Prozent der Bevölkerung.

Im nachbarschaftlichen Alltag der Dörfer und Städte dominiert ein positiver Grundtenor. Mit Genugtuung blicken die Iraker auf die neugewonnene Meinungsfreiheit, den Zustand ihrer Schulen sowie die Gesundheits- und Wasserversorgung. Die Stromlieferung lässt weiter stark zu wünschen übrig, den Mangel an Jobs beklagen fast 60 Prozent.

„Optimismus ist das Kennzeichen von Übergangsgesellschaften“, konstatiert die Umfrage und attestiert den Irakern eine bemerkenswert ausgeglichene öffentliche Meinung. Zugleich belegt die Studie aber, wie wenig belastbar der gesellschaftliche Konsens noch ist, wie sehr die Iraker traumatisiert sind durch die Vergangenheit.

„Kann man im Allgemeinen anderen Menschen trauen?“, lautete die Frage nach einem zentralen Merkmal kollektiver Stabilität. Nur einer von zehn befragten Irakern antwortet mit einem deutlichen „Ja“.

STEFAN SIMONS, BERNHARD ZAND



ALL\_ABBAS / PICTURE-ALLIANCE/ DPA/DPWEB

**UMFRAGE IRAK**

Straßenszene im Norden Bagdads

„Wie wird sich die Sicherheitslage im Land innerhalb eines Jahres entwickeln?“

wird sich verbessern	<b>70</b>
12 wird sich verschlechtern	An 100 fehlende Prozent: „schwer zu sagen“; „Ich möchte auf diese Frage nicht antworten“
11 wird gleich bleiben	

„Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Nachbarschaft?“

sehr sicher	<b>63</b>
nicht sehr sicher / gar nicht sicher	<b>36</b>
Zentralregion	<b>78</b>
An 100 fehlende Prozent: „schwer zu sagen“	

„Aus welchen Gründen fühlen Sie sich nicht sicher?“

Terrorismus	<b>53</b>
11 Kriminalität	An 100 fehlende Prozent: andere Gründe
11 Präsenz der USA und ihrer Verbündeten	

DER SPIEGEL